

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

bedanken möchte ich mich sehr bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, hier ganz besonders der Finanzabteilung mit Herrn Udo Schneider an der Spitze, die dieses Zahlenwerk „Haushalt 2024“ zusammengestellt haben.

Ich bedanke mich außerdem bei den Kollegen der SPD für das Interesse an den Zahlen des Haushaltes. Die ein oder andere Zusammenstellung hat einen anderen Blick auf die Zahlen gegeben. Insgesamt hat es aber unserer Meinung nach nicht zu relevanten neuen Erkenntnissen geführt.

Um direkt den Kern der vergangenen Zahlen anzusprechen: Ja, wir hatten in den letzten Jahren immer einen Jahresüberschuss ggü. dem angesetzten Planergebnis erzielt. Die Frage ist aber doch: Warum eigentlich?

Nun zum Einen war die Einnahmesituation besser als die Corona-Pandemie, der Ukrainekrieg, die Energiekrise und andere Einflüsse es hätten erwarten lassen. Hier darf ich kurz die Pressemitteilung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes vom 20. Juli 2020 nennen: *„Einbußen historischen Ausmaßes müssen die Städte und Gemeinden in Hessen in der aktuellen Abrechnung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer verkraften“*.

Zum anderen haben wir den Regelfall in Methodik angewandt: *„Soweit es keine besonderen, triftigen Gründe gibt, müssen die Orientierungsdaten zur Ergebnis- und Finanzplanung herangezogen werden.“*

Das heißt eine Planung darf nicht zu optimistisch, aber auch nicht zu pessimistisch sein und genau das wurde von unserer städtischen Finanzabteilung praktiziert.

Und zum anderen wurden viele Investitionen nicht umgesetzt. Das lag an einer unzureichenden Personalausstattung in der Verwaltung – vor allem beim Bauamt - und es war sehr schwierig Fachfirmen für die Ausführung zu finden. Hier möchte ich auch die mangelnde politische Entschlossenheit am Beispiel der Odenwaldhalle anführen. Mit mehr Entschlossenheit und den vorhandenen Überschüssen könnte die schon renoviert sein.

Mit diesem Hintergrund zu behaupten wir hatten in den letzten Jahren einen Überschuss durch falsche Planzahlen ist sicherlich zu einfach und wird der Komplexität nicht gerecht.

Schauen wir uns die momentane Ausgabensituation einmal genau an: gestiegene Energiekosten, Kreditzinsen und Tariferhöhungen belasten unseren Haushalt. Aufgaben von Bund und Land werden an die Kommunen weitergereicht, aber die entsprechenden Finanzmittel werden nicht mitgegeben. Ein „Gute-KiTa-Gesetz“ ist lobenswert, aber dann muss auch vorher die finanzielle Ausstattung für die KiTas geregelt sein. Dazu kommt das Problem der personellen Ausstattung. Ich denke wir wissen alle, dass die notwendigen Erzieherinnen und Erzieher nicht vom Himmel fallen.

Ohne eine verlässliche Finanzausstattung von Bund und Land werden viele Kommunen in rote Zahlen abrutschen und letztendlich Steuern erhöhen müssen. Innenminister Roman Poseck sagte letzte Woche am 14. Februar 2024 zu den anstehenden Tarif-Verhandlungen im öffentlichen Dienst: *„Die Forderungen sind insbesondere mit Blick auf den angespannten Landeshaushalt nicht tragbar“*.<sup>1</sup>

Auch die Süddeutsche Zeitung schreibt am 30. Januar 2024: *„Die Hoffnung auf eine baldige Konjunkturerholung in Deutschland schwindet. Nach einem Rückgang der Wirtschaftsleistung zum Jahresende 2023 geht Europas größte Volkswirtschaft ohne Rückenwind in die kommenden Monate.“*<sup>2</sup>

Ich denke über den katastrophalen Bundeshaushalt in Berlin müssen wir erst gar nicht sprechen. Die Einnahmesituation wird sich aller Prognosen nach nicht kurzfristig verbessern. Wirtschaftliche Unsicherheiten in Verbindung mit den Kriegen in der Ukraine und dem Israel-Gaza-Krieg, der anstehenden Europawahl, den Wahlen in Russland und den USA sowie eine an den Bürgerinnen und Bürgern vorbeigehende verfehlte Politik aus Berlin sind keine guten Perspektiven für die Einnahmesituation.

Zurück in Michelstadt: Bei unserem Personalbestand sind wir in der glücklichen Lage fast alle Stellen besetzt zu haben. Anmerkung von mir: Wir scheinen ein attraktiver Arbeitgeber zu sein. Für alle diese Stellen müssen wir aber auch stets die finanziellen Mittel bereitstellen können. Denn wir müssen eines im

---

<sup>1</sup> <https://innen.hessen.de/presse/tarifrunde-zum-tarifvertrag-fuer-den-oeffentlichen-dienst>

<sup>2</sup> <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/konjunktur-deutsche-wirtschaft-geht-ohne-rueckenwind-ins-jahr-2024-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-240130-99-801195>

Hinterkopf behalten: Eine unbesetzte Stelle stellt zwar weniger Personalaufwand in den Zahlen dar. Aber wir sparen dann an Leistungen für unsere Einwohnerinnen und Einwohner.

Zu all dem kommt dann hier auch noch der Kreishaushalt. Es soll in diesem Jahr keine Erhöhung der Kreisumlage geben, aber da der Haushalt noch nicht vorliegt, ist nicht ausgeschlossen, dass das doch noch dieses Jahr oder nächstes Jahr kommen könnte. Denn auch beim Kreis wird sich die Einnahmesituation nicht wesentlich verbessern.

Deshalb ist ein vernünftig geplanter Haushalt immer ohne Blick in die Glaskugel zu erstellen und dann mit all seinen Unsicherheiten zu akzeptieren. Und diese Planung müssen wir transparent all den Menschen in unserer Stadt erklären. Wenn wir das „Warum und Weshalb“ plausibel darlegen können, finden moderate Steuererhöhungen zum richtigen Zeitpunkt Zuspruch.

Investitionen stellen unser Zukunftsbild dar. Wenn unser Haushalt durch gestiegene laufende Kosten aufgefressen wird, können wir zumindest mit der Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer weiterhin etwas in unsere Stadt investieren. Wie wichtig das ist, sehen wir im gesamten Bundesgebiet: eine marode Bundeswehr, Straßen, Brücken und das Schienennetz usw. sind alltägliche Meldungen. Deshalb müssen wir in unsere Straßen, Kindergärten, nicht mehr zulässigen Feuerwehrräusern und auch in die Odenwaldhalle investieren, um diese nicht verkommen zu lassen. Durch die Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 400 auf 580 Punkte wird jeder Bürger zukünftig mit durchschnittlich ca. 68,-€ pro Jahr belastet. Wir denken das jede Bürgerin und jeder Bürger, die sich ggf. auch in Vereinen engagieren, diesen Beitrag gerne leisten, wenn wir damit u.a. die Odenwaldhalle sanieren. Für die Odenwaldhalle setzt sich die ÜWG Michelstadt ein, denn diese und viele andere Projekte sind in unser aller Interesse.

An dieser Stelle muss auch die andere Seite dargestellt werden. Wir entlasten die Bürgerinnen und Bürger wann und wo es möglich ist:

Bspw. Senkung der Straßenbeiträge. Eine der ersten Maßnahmen die umgesetzt wurden, war das Senken der Straßenbeiträge für die Anlieger der Straße, das führt bei diesen zu einer deutlichen finanziellen Entlastung und für alle anderen zu intakten Straßen.

Wir investieren bis 2030 jedes Jahr 460.000 € in den flächendeckenden Ausbau des Glasfasernetzes, auch das ist für viele unserer Bürgerinnen und Bürger von

entscheidender Bedeutung, um im Homeoffice arbeiten zu können. Und vor allem für unsere Gewerbebetriebe ist das ein Standortvorteil und für uns somit eine Standortsicherung.

Auch mit unserer Unterstützung haben alle Kinder freien Eintritt in unsere Schwimmbäder und für die Kleinsten geht dieses Jahr der neue Kleinkinderbadebereich in Betrieb, eine angenehme Erweiterung für unsere Familien.

Für unsere Immobilienbesitzer hat auf Betreiben der ÜWG eine kostenlose Energieberatung für Teile Michelstadts über die Energiekarawane im Jahr 2022 stattgefunden. Und wir haben daran weitergearbeitet: Nun soll eine kostenfreie Energieberatung über die Landesenergieagentur für 80-100 Besitzer einer Immobilie stattfinden.

Sie können die Erhöhung der Grundsteuer in Frage stellen, aber nicht bemängeln. Durch die verfehlte Politik und der weiteren auf die Kommunen abgewälzte Aufgabenlast haben wir keine anderen Möglichkeiten. Jetzt das einzig legitime Mittel für eine kurzfristige Verbesserung der Steuereinnahmen auf kommunaler Ebene in Frage zu stellen ist nicht seriös.

Wir im Gegensatz behalten detailliert die Zukunft im Blick und dabei auch die Umsetzung der Grundsteuerreform. Je nachdem wie sich das auf die Michelstädter auswirkt, werden wir uns den Hebesatz wieder gründlich anschauen. Wir sehen die Reform nicht als einen Goldesel für die Stadt. Wir versuchen den Hebesatz so einzusetzen, dass die Grundsteuer sozialverträglich ist.

Drei Punkte nochmals zum Abschluss:

1. Wenn die Bürgerinnen und Bürger wissen, für was die Steuern erhöht werden und sie einen Nutzen davon haben, sind sie bereit diese Entscheidung mitzutragen.
2. Sagen Sie den Bürgerinnen und Bürgern auch, dass falls Ihre Annahmen nicht aufgehen, im nächsten Jahr der Grundsteuerhebesatz vielleicht in einen weitaus höheren Bereich erhöht werden muss und dafür tragen Sie mit Ihrem Antrag die Verantwortung.

3. Eine weiterhin solide Haushaltsführung durch die verlässlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Finanzabteilung sowie ein gemeinsamer Weg aller Fraktionen, sollte der Weg in die Zukunft sein, um unserer Stadt mit Ihren Stadteilen für die Zukunft gut aufzustellen.

Letzter Satz:

Die ÜWG Fraktion wird dem Haushalt zustimmen, aber - und das betone ich hier ausdrücklich – wir haben dem Antrag auf Beibehaltung des momentanen Hebesatzes der Grundsteuern nicht zugestimmt.

Vielen Dank